

4./XII. 1917.

69

### Anpolitischer Tagesbericht.

\* Der deutsche und der französische Brotpreis. Die Erhöhung der deutschen Getreidepreise hat eine mächtige Verteuerung unseres Brotes zur Folge gehabt. Tatsächlich aber ist gegenwärtig in keinem der am Kriege beteiligten europäischen Länder der Brotpreis so niedrig als in Deutschland. Selbst in Russland, dem Agrarland mit seinen früheren enormen Ausführüberschüssen an Brotgetreide, übersteigt der Brotpreis den deutschen gegenwärtig um mehr als das Doppelte. In Frankreich trat eine Brotoverteuerung ein, die es der großen Masse der Bevölkerung nahezu unmöglich machte, dieses wichtigste Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Regierung mußte dazu übergehen, Staatszuschüsse zu gewähren, um den Brotpreis auf einer erträglichen Höhe zu erhalten. Für jeden Doppelzentner Weizen war ursprünglich ein Zuschuß von 3 Franks festgesetzt. Infolge der den Präseften gestatteten Brotpreiserhöhung ist dieser Zuschuß auf 11,50 Franks für den Doppelzentner gestiegen, so daß die französische Regierung, da die diesjährige Ernte nach Abzug des Saatgutes rund 36 Millionen Doppelzentner ausmacht, für die Brotversorgung Frankreichs einen Zuschuß von rund 414 Millionen Franks zu zahlen hat. Der Ertrag der einheimischen Weizenernte deckt den Brotbedarf Frankreichs kaum zur Hälfte. 40 Mill. Doppelzentner müssen eingeführt werden. Der Preis für diesen ausländischen Weizen beträgt 70 Franks und darüber für den Doppelzentner. Den Unterschied zwischen diesem Preis und dem für die Bäcker berechneten Preis hat natürlich gleichfalls die französische Regierung zu zahlen. Dieser Zuschuß beträgt mindestens 31,50 Franks für den Doppelzentner, gleich 1260 Mill. Franks. Die französische Regierung hat somit für die gesamte Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 zusammen 1674 Mill. Franks aufzubringen. Das ist ein Betrag, der zu den Kriegskosten hinzugeschlagen werden muß. Letzten Endes ist es also doch das französische Volk selbst, das durch seine Steuern das teure Brot bezahlen muß. Infolge der steigenden Verschiffungsschwierigkeiten und der Frachtraummot dürfte sich die Brotversorgung für die französische Regierung aber noch weiterhin beträchtlich verteuern.